

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(37. - öffentliche - Sitzung am 6. Mai 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3014](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Laura Rebuschat (CDU).

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

3. **Das Land muss Deichverbände bei der Teekentsorgung finanziell unterstützen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2569](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Mehr Sachlichkeit beim Umgang mit dem Wolf - Weidetierhaltung wirksam fördern und unterstützen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2691](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Vom Eichenprozessionsspinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3225](#)

dazu: Eingabe 00983/09/18

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Ferner kam er überein, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um eine Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten.